
BIW - Aktuell

Ausgabe 1 / 2004

Ein Service der BÜRGER IN WUT <http://www.buerger-in-wut.de>

Liebe Mitglieder und Interessenten,

wir werden Sie künftig in unregelmäßigen Abständen mit unserem Newsletter über Themen informieren, die uns „wütend“ machen.

Die folgende Interpretation des ifo-Präsidenten Hans-Werner Sinn ist durchaus zulässig, wenn man den letzten Entwurf der EU-Verfassung betrachtet. Nimmt man diverse Artikel der Verfassung wörtlich, dann können Nicht-Erwerbstätige etwas aus den osteuropäischen Beitrittsstaaten tatsächlich ohne Übergangsfrist nach Deutschland kommen und hier sämtliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Diese möglichen Folgen der EU-Verfassung wurden bislang weder von den Bürgern noch von den Medien ausreichend wahrgenommen.

Donnerstag 27. Mai 2004, 12:24 Uhr

Ifo-Institut sieht Zuwanderungswelle in den Sozialstaat

München (AP) Das ifo-Institut hat vor einer massiven Einwanderungswelle osteuropäischer Sozialhilfe-Empfänger nach Deutschland gewarnt. Die EU habe zwar Übergangsfristen für Arbeitnehmer verankert. Aber Erwerbslose dürften sofort einwandern und hätten von Anfang an „Anspruch auf alle sozialen Leistungen“, schrieb ifo-Präsident Hans-Werner Sinn in der „Süddeutschen Zeitung“ (Donnerstagsausgabe). Diese Regelung sei grotesk und werde die westeuropäischen Sozialstaaten zerstören. Nur eine Änderung der EU-Verfassung könne das noch verhindern.

Die Folgen der vom EU-Parlament gebilligten Freizügigkeits-Richtlinie für Wanderungen innerhalb der EU seien „von Politik und Öffentlichkeit total übersehen“ worden, kritisierte der Wirtschaftswissenschaftler. Osteuropäer dürfen während einer mehrjährigen Übergangsfrist zwar „nicht als Arbeitnehmer kommen. Als Selbstständige und nicht erwerbstätige Personen dürfen sie sich jedoch sofort in Deutschland niederlassen“, erklärte Sinn. „Von Anfang an hat auch der nicht Erwerbstätige Anspruch auf alle sozialen Leistungen des Staates wie ein Einheimischer. Das wird viele, die in den ärmeren Regionen Europas zu Hause sind, veranlassen, in die reichen Sozialstaaten der EU zu wandern.“ Die Anreize seien übermächtig. Die deutsche Sozialhilfe sei fünf Mal so hoch wie ein slowakischer Lohn.

Die bevorstehende Armutswanderung aus Osteuropa werde die westeuropäischen Sozialstaaten erodieren: „Die Staaten werden ihre Leistungen in einer Art Abschreckungswettbewerb zurückschrauben, weil keiner zum Ziel der Wohlfahrtswanderungen werden will“, und „im Endeffekt wird Europa nur noch so sozial sein können, wie es Amerika heute ist“. Um dies abzuwenden, müssten die EU-Staaten „das Recht der Migration in den Sozialstaat“ streichen: Das Heimatland müsste für die Sozialleistungen an nicht erwerbstätige Zuwanderer zuständig bleiben, forderte der ifo-Präsident.

V.i.S.d.P.: Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, c/o Jan Timke, Rotdornallee 18a, D-28717 Bremen. E-Mail: info@buerger-in-wut.de. Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der BIW.